



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 12. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. März 2023, 13:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Patrick Bender (CDU)

Dagmar Hildebrand (CDU), in Vertretung von Anette Röttger

Peer Knöfler (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), in Vertretung von Uta Röpcke

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sophia Schiebe (SPD)

Christopher Vogt (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung über Drohungen an der Gemeinschaftsschule Am Heimgarten in Ahrensburg	4
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 20/1049 (teilweise nicht öffentlich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung)	
2. Bericht der Landesregierung über das Ergebnis der vom Wissenschaftsministerium angekündigten Prüfung zu den aktuellen Vorwürfen gegen einen VWL-Professor an der Nordakademie wegen des Verdachts auf Titelschwindel und Plagiate	6
Antrag der Fraktion der SSW Umdruck 20/1134	
3. Information/Kennntnisnahme	8
Umdruck 20/1031 – Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe Umdruck 20/1083 – Sprachkurse vertraulicher Umdruck 20/1052 – DigitalPakt Schule	8
4. Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 13:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung über Drohungen an der Gemeinschaftsschule Am Heimgarten in Ahrensburg

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 20/1049](#)

(teilweise nicht öffentlich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung)

Frau Dr. Stenke, Staatssekretärin für Bildung, berichtet, ab Mitte Februar 2023 sei es am Schulzentrum Heimgarten, das aus der Gemeinschaftsschule Am Heimgarten und dem Eric-Kandel-Gymnasium in Ahrensburg bestehe, zu ersten Schmierereien auf Schultoiletten gekommen, die von beiden Schulen genutzt würden. Es seien bis zum heutigen Tage vier weitere Schmierereien gefolgt. Bei den Schmierereien handele es sich um englischsprachige Formulierungen, wie sie in einer bestimmten Form Pop- und Rockkultur vorkämen. Bei den Schmierereien sei ein Bezug auf die Abschlussprüfungen erkennbar gewesen.

Die Schule habe so gehandelt, wie es der Notfallwegweiser, der Leitfaden „Lebensbedrohliche Situationen an Schulen“ aus dem IQSH und die Meldekettens des Ministeriums vorsähen. Es sei – wie vorgesehen – mit der Polizei Kontakt aufgenommen worden, und die Polizei habe die Sicherheitslage beurteilt.

Das vorgesehene Vorgehen habe sich auch in diesem Fall bewährt. Die Schulleiter wüssten, wen sie bei einer solchen Art von Bedrohungsfällen zu informieren hätten, und die Information sei in diesem Fall erfolgt. Die Polizei habe in dieser Angelegenheit unverzüglich Ermittlungen aufgenommen, und mittlerweile gebe es einen konkreten Tatverdacht. Aus ermittlungstaktischen Gründen und zum Schutz von Minderjährigen könne sie keine Details in öffentlicher Sitzung berichten.

Durch den engen Austausch mit der Polizei sei sichergestellt worden, dass die Schmierereien nicht automatisch zur Einschränkung von Präsenzunterricht geführt hätten. Die Abschlussprüfungen würden ordnungsgemäß und ohne Einschränkungen durchgeführt. Die MSA-Prüfungen seien bereits ordnungsgemäß und planmäßig abgelaufen.

Die Staatssekretärin appelliert an alle Beteiligten, bei der öffentlichen Kommunikation zu diesem Thema darauf zu achten, dass nicht Nachahmungstäter animiert würden.

Der Bildungsausschuss setzt die Beratungen von 13:35 bis 13:50 Uhr in nicht öffentlicher Sitzung fort (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

2. Bericht der Landesregierung über das Ergebnis der vom Wissenschaftsministerium angekündigten Prüfung zu den aktuellen Vorwürfen gegen einen VWL-Professor an der Nordakademie wegen des Verdachts auf Titelschwindel und Plagiate

Antrag der Fraktion der SSW
[Umdruck 20/1134](#)

Herr Wendt, Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur, teilt mit, es stünden Vorwürfe im Raum, dass es bei der Ernennung eines Professors an der Nordakademie zu Unstimmigkeiten gekommen sei. Die Nordakademie sei eine Hochschule in freier Trägerschaft und firmiere als gemeinnützige AG. Das Beschäftigungsverhältnis als Angestellter bestehe zwischen den Lehrenden und der Nordakademie. Die Verleihung des Rechts, die Bezeichnung „Professor“ zu führen, erfolge – wie im Hochschulgesetz vorgesehen – auf Antrag der privaten Hochschule nach Prüfung der durch die Nordakademie eingereichten Aktenlage im Ministerium. Voraussetzung seien wissenschaftliche Qualifikation, zum Beispiel durch eine Promotion oder lehrende und forschende Tätigkeit, und eine einschlägige berufliche Tätigkeit. Wenn diese Voraussetzungen gegeben seien, verleihe das Land durch die Wissenschaftsministerin das Recht, für die Dauer der Beschäftigung die Bezeichnung „Professor“ zu führen. Dies geschehe etwa 15- bis 20-mal pro Jahr bei den privaten Fachhochschulen im Land.

Das Ministerium sei am 19. März 2023 durch eine Anfrage des „Spiegel“ auf den in Rede stehenden Fall aufmerksam gemacht und um Stellungnahme zu einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung gebeten worden. Herr Schneider solle in der Schweiz zukünftig eine Verbandsfunktionärsstelle mit großer Öffentlichkeitswirkung übernehmen. Die Zeitung habe den Bericht eines sogenannten Plagiatsjägers als Grundlage einer Berichterstattung genommen, und daraufhin habe sich der „Spiegel“ dieses Themas angenommen. Herrn Schneider werde in dem Zeitungsartikel vorgeworfen, dass er wissenschaftliche Veröffentlichungen nicht selbst erstellt habe und gar keinen Hochschulabschluss besitze.

Nach unmittelbarer Prüfung des Sachverhalts habe das Ministerium festgestellt, dass Herrn Schneider im September 2018 für die Dauer seiner Verwendung an der staatlich anerkannten privaten Fachhochschule Nordakademie das Recht verliehen worden sei, den Titel „Professor“ zu führen. Über die Nordakademie habe man die Bestätigung der Universität Graz erhalten, dass die Doktorurkunde von Herrn Schneider echt sei, sowie die Bestätigung der Fernuniversität Hagen, dass auch der Magisterabschluss rechtens erworben worden sei. Weitere Abschlüsse im Ausland habe Herr Schneider nicht erworben. Die Nordakademie habe keine

Zweifel an den im Lebenslauf dargestellten beruflichen Stationen. Der Verband, in dem Herr Schneider die Funktionärsstelle übernehmen solle, habe ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um den Vorwurf des Plagierens zu überprüfen.

2018 habe sich eine Hochschule immer auf den höchsten Grad des jeweiligen Abschlusses bezogen; die Nordakademie verlasse sich auf die Aussage der Universität Graz, dass der Doktorabschluss rechtens erworben worden sei und die Voraussetzungen zur Verleihung des Dokortitels gegeben seien. Mittlerweile ließen sich die Hochschulen in Stichproben Echtheitszertifikate von den jeweiligen Personen geben. Seitens der Rechts- und Fachaufsicht des Ministeriums gebe es derzeit keinen Anhaltspunkt, dass der Titel „Professor“ im Rahmen der Tätigkeit an der Nordakademie nicht zulässig geführt werde.

Bei der Bewertung der Gutachtertätigkeit für die AfD sei die Frage entscheidend, ob sich der Professor habe erheblich etwas zuschulden kommen lassen, wodurch ein Beamter seinen Beamtenstatus verlieren würde. Die Rechtsaufsicht komme zu dem Ergebnis, dass kein Anlass für rechtsaufsichtliches Handeln gegenüber der Nordakademie gegeben sei.

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet der Staatssekretär, die Nordakademie habe Herrn Schneider aufgrund des Abschlusses an der Fernuniversität Hagen in Verbindung mit dem Dokortitel eingestellt. Das Ministerium sei als Rechtsaufsicht angehalten, offenen Fragen nachzugehen. Die heute abgegebene Bewertung beruhe auf den dem Ministerium bisher vorliegenden Informationen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet das Wissenschaftsministerium, den Bildungsausschuss über den Fall auf dem Laufenden zu halten.

3. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/1031](#) – Netzwerkstrategie Weltkultur- und Weltnaturerbe

[Umdruck 20/1083](#) – Sprachkurse

vertraulicher [Umdruck 20/1052](#) – DigitalPakt Schule

Der Bildungsausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

4. Verschiedenes

Staatssekretärin Dr. Stenke berichtet, nach dem gefilmten Angriff mehrerer Mädchen auf ein 13-jähriges Mädchen in Heide hätten die Schulen mit den Schülerinnen und Schülern über den Vorfall gesprochen und angemahnt, das Video nicht weiterzuverbreiten. Das betroffene Mädchen und deren Mutter würden durch Kinderschutzzentrum und sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Schulleitungen und Schulaufsicht seien sich einig, dass es sich um einen extremen Einzelfall handle. Die Polizei habe keine Hinweise darauf, dass es in Heide außergewöhnlich viele Gewaltvorkommnisse gebe. Allerdings werde in der Gewaltstatistik sichtbar, dass Gewalttaten von Mädchen zunehmen. Mit dem Problem Gewalt von Jugendlichen, insbesondere auch von Mädchen, werde sich das Bildungsministerium intensiver auseinandersetzen.

Der Bildungsausschuss schließt sich dem Appell des Bildungsministeriums an, Gewaltvideos nicht über soziale Medien weiterzuverbreiten, und setzt sich dafür ein, Aggressivität und Mobbing von Jugendlichen, die nach der Coronapandemie bedauerlicherweise wieder zunehmen, durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 14:20 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer